Erscheint mit Erlaubnis der britischen militärischen Behörde.

Malmedy-St. Vither Volkszeitung

Gegründet 1866.

Erscheint Mittwoch und Samstags mit den Beilagen „Eifeler Sonntagszeitung" u. Illustriert. Familienblatt. Bezugspreis 1.50 M., durch die Post 1.68 M. vierteljährl.

Redaktion Druck u. Verlag Hermann Doepgen St. Vith (Eifel).

Kreisblatt für den Kreis Malmedy — Generalanzeiger für den Kreis Malmedy

Anzeigen kosten die 6gespaltene Petitzeile od. deren Raum 20 Pfg. Anzeigen aus dem Kreise Malmedy 15 Pfg. die Zeile. Reklamen 60 Pfg. die Zeile. Grundschrift: Garmond. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabattvergütung.

Fernsprecher Nr. 21.

Nr. 11. 55. Jahrgang. Samstags-Ausgabe. St. Vith, 8. Februar 1919

Die deutsche Nationalversammlung.

Eröffnungssitzung im Nationaltheater zu Weimar am Donnerstag, den 6. Februar.

Ueber die Eröffnungssitzung entnehmen wir der K. Vztg. folgendes:

Der Sitzungssaal ist schon vor der Eröffnung voll besetzt. Sämtliche Zuhörerräume sind überfüllt. An den Tischen für die Volksbeauftragten und Staatssekretäre und für die Vertreter der einzelstaatlichen Regierungen haben Ebert, Scheidemann, Landsberg, Wissell, Erzberger, Hirsch, Südekum, Unterstaatssekretär Baake und andere Platz genommen:

Pünktlich um 3¼ Uhr nachmittags eröffnet

Ebert

die Versammlung mit folgender Ansprache:

Meine Damen und Herren! Die Reichsregierung begrüßt durch mich die Verfassunggebende Versammlung der deutschen Nation. Besonders herzlich begrüße ich die Frauen, die zum ersten Male gleichberechtigt im Reichsparlament erscheinen. Die provisorische Regierung verdankt ihr Mandat der Revolution. Sie wird es in die Hände der Nationalversammlung zurücklegen. (Beifall.) In der Revolution erhob sich das deutsche Volk gegen eine veraltete, zusammenbrechende Gewaltherrschaft. (Zischen rechts.) Sowie das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes gesichert ist, kehrt es zurück auf den Weg der Gesetzmäßigkeit. Nur auf der breiten Heerstraße der parlamentarischen Beratung und Beschlußfassung lassen sich die unaufschiebbaren Veränderungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete vorwärts bringen, ohne das Reich und seine Wirtschaftslage zu Grunde zu richten. (Sehr wahr!) Deshalb begrüßt die Regierung in dieser Nationalversammlung den höchsten und einzigsten Souverän in Deutschland. (Beifall.) Mit den alten Königen und Fürsten von Gottes Gnaden ist es für immer vorbei. (Lebhafter Beifall links, Zischen rechts, wiederholter starker Beifall links, Rufe rechts: „Abwarten!") Wir verwehren niemandem eine sentimentale Erinnerungsfeier, aber so gewiß diese Nationalversammlung eine große republikanische Mehrheit hat, so gewiß sind

die alten gottgewollten Abhängigkeiten für immer beseitigt.

Das deutsche Volk ist frei, bleibt frei und regiert in aller Zukunft sich selbst. (Zuruf bei den Unabhängigen: „Mit Noske!")

Diese Freiheit ist der einzige Trost, der dem deutschen Volke verbleibt, ist der einzige Weg, auf dem es sich aus dem Blutsumpf des Krieges und der Niederlage wieder herausarbeiten kann. Wir haben den Krieg verloren. Diese Tatsache ist keine Folge der Revolution. (Rufe rechts: „Oho!" Rufe links: „Nein, niemals!") Meine Herren und Damen, es war die kaiserliche Regierung des Prinzen Max von Baden, die den Waffenstillstand einleitete. (Zurufe: „Ludendorff hat es gemacht!") Nach dem Zusammenbruch unserer Verbündeten und angesichts der militärischen und der wirtschaftlichen Lage konnte sie nicht anders handeln. (Sehr wahr!) Die Revolution lehnt die Verantwortung ab für das Elend, in das die verkehrte Politik der alten Gewalt und der Uebermut der Militaristen das deutsche Volk gestürzt hat. (Sehr wahr! Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. Widerspruch recht.) Sie ist auch nicht verantwortlich für unsere schwere Lebensmittelnot. (Sehr wahr! Widerspruch und Zurufe: „Soldatenräte!")

Das furchtbare Unglück des Krieges für ganz Europa kann nur wieder gutgemacht werden durch Hand-in-Hand-gehen der Völker. (Beifall und Zustimmung.) Angesichts des Massenelends der Völker erscheint die Schuldfrage beinahe klein. Gleichwohl ist das deutsche Volk entschlossen, selbst

alle zur Verantwortung zu ziehen,

denen ein absichtliches Verschulden oder eine absichtliche Niederträchtigkeit nachgewiesen werden kann. Den „Kaiserismus" gibt es nicht mehr; er ist für immer erledigt. Die Tatsache dieser Nationalversammlung selbst zeigt es. Der Militarismus ist in Trümmer gestürzt und wird nicht mehr erstehen. (Zurufe bei den Unabhängigen: „Sie richten ihn wieder auf!") Redner erörtert dann die Waffenstillstandsbedingungen.

Wir wenden uns noch einmal an alle Völker der Welt mit dem dringenden Appell, dem deutchen Volke Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Wir können nicht darauf verzichten, die ganze deutsche Nation im Rahmen eines Reiches zu einigen. Ich bin sicher, im Sinne der gesamten Nationalversammlung zu sprechen, wenn ich die

Kundgebung der deutsch-österreichischen Nationalversammlung

für den Anschluß an Deutschland aufrichtig und voll Freude begrüße und sie mit herzlicher Brüderlichkeit erwidere. Unsere Stammes- und Schicksalsgenossen dürfen versichert sein, daß wir sie im neuen Reiche der deutschen Nation mit offenen Armen und Herzen willkommen heißen.

Deutschland darf nicht wieder dem alten Elend der Zersplitterung und Verengung anheimfallen. Nur eine große einheitliche Entwickelungsmöglichkeit unseres Wirtschaftslebens, ein politisch aktionsfähiges, festgefügtes einiges Deutschland kann die Zukunft unseres Volkes sicherstellen.

Die provisorische Regierung hat eine sehr üble Erbschaft angetreten. Wir haben, gestützt und gefördert vom Zentralrat der deutschen ASR. unsere Kräfte eingesetzt, um die Gefahr und das Elend der Uebergangszeit zu überwinden. Wir haben alles getan, um das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen. Wenn der Erfolg unserer Arbeit nicht unseren Wünschen entsprach, so müssen die Gründe gerecht gewürdigt werden.

Wir richten deshalb an die Unternehmer den dringenden Appell, die Wiederbelebung der Produktion mit allen Kräften zu fördern. Auf der anderen Seite rufen wir die Arbeiter auf,

alle Kräfte anzuspannen zur Arbeit,

die allein uns retten kann. Wir müssen arbeiten und Werte schaffen, sonst gehen wir zugrunde. Sozialismus ist nach unserer Auffassung nur möglich, wenn die Produktion eine genügend hohe Stufe der Arbeitsleistung innehält. Sozialismus ist uns Organisation, Ordnung und Solidarität, nicht Eigenmächtigkeit, Widerspenstigkeit und Zerstörung.

Sorgenvoll blickt uns die Zukunft an. Wir vertrauen aber trotzdem auf die unverwüstliche Schaffenskraft der deutschen Nation. Die alten Grundlagen der deutschen Machtstellung sind für immer zerbrochen. Die preußische Hegemonie, das Hohenzollernsche Heer und die schimmernde Wehr sind uns für alle Zukunft unmöglich gemacht.

Wir müssen hier in Weimar die Wandlung vollziehen vom Imperialismus zum Idealismus, von der Weltmacht zur geistigen Größe. So wollen wir an die Arbeit gehen, unser großes Ziel fest vor Augen, das Recht des deutschen Volkes zu wahren, in Deutschland eine starke Demokratie verankern und sie mit wahrem sozialen Geist in sozialistischer Art zu erfüllen. So wollen wir wahr machen, was Fichte der deutschen Nation als ihre Bestimmung gegeben hat. Wir wollen errichten ein Reich des Rechtes und der Wahrhaftigkeit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trügt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Hierauf bestieg der Mehrheitssozialist

Abg. Pfannkuch

den Präsidentenstuhl und richtete als Alterspräsident an die Versammlung eine Ansprache, in der er u. a. sagte: Jetzt ist das deutsche Volk sein eigener Herr, seine eigene oberste Gewalt geworden. Es muß die große Prüfung bestehen, ob es reif ist, in Freiheit zu leben, oder ob es wiederum unter die brutale Gewaltherrschaft einer Minderheit sich beugen muß. Diese Nationalversammlung ist der Augenblick des Willens der deutschen Nation.

Sie allein hat von heute ab in Deutschland zu entscheiden.

Wer ihr die unbeschränkte Gewalt zu schmälern sucht, der frevelt an des deutschen Volkes Majestät und Freiheit.

*

Die Besetzung der Aemter.

Die sozialdemokratische Fraktion beschloß, wie schon kurz gemeldet, sicherem Vernehmen nach, den Volksbeauftragten Ebert als Reichspräsidenten und Scheidemann als ersten Reichsminister vorzuschlagen. Als Präsident für die Nationalversammlung werden in sozialdemokratischen Kreisen Loebe (Breslau), Heine (Dessau) und Auer (München) genannt. Der bürgerliche Block wird wahrscheinlich für einen Zentrumsabgeordneten als Präsidenten der Nationalversammlung eintreten. Bei der Wahl des Reichspräsidenten wollen die Deutschnationalen weiße Zettel abgeben. Außer Scheidemann wird für den Posten eines Ministerpräsidenten auch noch Dernburg genannt. Das Gesamtministerium soll wesentlich anders gestaltet werden und sich aus 10 bis 15 Mitgliedern aus allen Parteien zusammensetzen.

Der Präsident.

Berlin, 6. Febr. Zum Präsidenten der Nationalversammlung in Weimar hat die sozialdemokratische Fraktion in ihrer gestrigen Sitzung Karl Hildenbrand vorgeschlagen. Hildenbrand ist 1864 in Knittlingen, Oberamt Maulbronn, geboren, besuchte die dortige Volksschule und später die Bürgerschule in Pforzheim, wurde dann Schriftsetzer und beteiligte sich lebhaft an der sozialdemokratischen Bewegung. Von 1903 an ist er Mitglied des Reichstags und seit 1913 Leiter der literarischen Abteilung der Volksfürsorge. Hildenbrand redigiert schon seit Jahren die Schwäbische Tagwacht in Stuttgart. Bei Ausbruch der Revolution wurde er zum württembergischen Gesandten in Berlin ernannt. Hildenbrand erfreut sich nicht allein bei den Mehrheitssozialdemokraten, sondern auch bei den anderen Parteien großen Ansehens. Er steht auf dem rechten Flügel der sozialdemokratischen Mehrheit.

Die Demokraten wählten Payer zum einstweiligen Vorsitzenden, das Zentrum wählte Gröber zum ersten, Trimborn zum zweiten Vorsitzenden.

Die Frage der Kabinettsbildung.

Weimar, 5. Febr. Die Frage der Kabinettsbildung ist im Augenblick noch ungeklärt. Es scheint aber bei den ausschlaggebenden Mehrheitsparteien die Absicht zu bestehen, ein Gesamtreichskabinett von 14 politischen Mitgliedern zu bilden, zu denen dann noch der parteipolitisch gewissermaßen außenstehende Staatssekretär des Auswärtigen treten würde. Das 14gliedrige Kabinett wird voraussichtlich von sieben Sozialdemokraten und sieben Mitgliedern der Demokratischen Partei und des Zentrums gebildet werden.

Weimar Regierungssitz?

Weimar, 5. Febr. Nach hier verbreiteten Gerüchten besteht in süddeutschen Regierungskreisen die Absicht, einen Antrag auf dauernde Verlegung des Regierungssitzes nach Weimar zu stellen. An hiesiger zuständiger Stelle ist bisher eine Bestätigung dieser Nachricht noch nicht zu erhalten gewesen.

Aus dem Reiche.

Ein Aufruf der Reichsregierung gegen den Terror.

Berlin, 3. Febr. Heute abend erscheint ein Aufruf der Reichsregierung, der sich mit den Umtrieben der Spartakiden befaßt, allenthalben in Deutschland und besonders in Berlin durch Putsche das öffentliche Leben zu stören. Die Reichsregierung ist fest entschlossen, allen Gewalttaten mit unbeugsamer Energie entgegenzutreten. Die vorhandenen Machtmittel sind in vollem Umfang gegeben. Die Truppen sind erfüllt vom Geiste des neuen Deutschlands, vom Geiste der Demokratie und der auf der Demokratie gegründeten Ordnung. Die friedliche Arbeit, die das dringende Erfordernis zum Wiederaufbau des schwergetroffenen Reichs ist, muß gegen den Terror geschützt werden. Schon im Keim wird der Zerstörungswille unverantwortlicher Elemente getroffen werden. Hoffentlich genüge die Ankündigung solchen Willens, um das Eingreifen der Truppen und die Verhängung des Belagerungszustandes zu verhüten. Dieser Entschluß der Reichsregierung, dem Terror entgegenzutreten, kann nur begrüßt werden. Er ist angesichts der bisherigen Erfahrungen geradezu selbstverständlich. Es geht nicht an, daß eine winzige Minderheit aufs neue sich gegen die Allgemeinheit erhebt und daß immer wieder von einer Handvoll Leute die Freiheit und alle Rechte, die ein geordnetes Leben und Arbeiten der Gemeinschaft ermöglichen, vergewaltigt werden. Mit allen Mitteln, die dem Staate zu Gebote stehen, muß jetzt dafür gesorgt werden, daß die Erfüllung der uns bevorstehenden unendlich schwierigen Aufgaben, von denen unser Weiterleben als Nation abhängt, beeinträchtigt wird. Als ein Zeichen des Geistes, der im Spartakusbunde nach wie vor nach Geltung strebt, sei erwähnt, daß die rote Fahne nunmehr wieder erscheint und ihre Ziele in der rücksichtslosesten Sprache verkündet. Nach hier vorliegenden Meldungen ist das Telegraphenamt in Erfurt besetzt worden, allem Anschein nach von Spartakiden. Zurzeit marschieren die Regierungstruppen in Thüringen ein.

Die Rheinische Frage.

Zu dem in unserer gestrigen Nummer von uns aus der K. Vztg. übernommenen Artikel „Ein historischer Tag" nimmt die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung" Stellung in folgenden Ausführungen: „Auch für uns ist der 1. Februar ein historischer Tag; er hat für alle Zeiten festgelegt, daß im Westen Deutschlands kein eigener Freistaat gegründet werden kann ohne die Zustimmung der Nationalversammlung, die die Entscheidung über alle Einzelheiten der künftigen Reichsverfassung zu treffen hat. Daß stärkste gegenteilige Bestrebungen vorhanden waren, brauchen wir der Kölnischen Volkszeitung gewiß nicht nachzuweisen. Jetzt ist sie genötigt, bestimmte Kreise ihrer Anhänger anzuweisen, nichts zu tun, was der Entscheidung des 1. Februars widerspräche. Aus der Fanfare ist eine Schamade geworden!"

Gegen die Kommunalwahlen.

Berlin, 3. Febr. In der am Sonntag vom Bürgerrat Groß-Berlins einberufenen, zahlreich besuchten Versammlung, wozu an die Vertreter von etwa 600 wirtschaftlichen und kulturellen Verbände Einladungen ergangen waren, hielt Präsident des Reichsbürgerrats Dr. Wessel ein Referat zu dem Thema: Bürgertum und Kommunalwahlen. Es sprachen ferner Vertreter der Christlichen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei. Die Versammlung nahm bei überwältigender Mehrheit folgende Entschließung an, welche dem preußischen Staatsministerium drahtlich zugestellt wurde:

Die in der Singakademie versammelten Vertreter zahlreicher wirtschaftlicher und kultureller Verbände Groß-Be-

uns erheben entschiedenen und einmütigen Einspruch gegen die überstürzte Ansetzung von Erneuerungswahlen für die Stadtvertretungen gegen die gesetzwidrige und ohne die Mitwirkung der zuständigen Volksvertretung erfolgten Abänderung für ihre Zusammensetzung der grundlegenden Bestimmungen allein im Verordnungswege.

Sie fordern von der demnächst zusammentretenden preußischen Volksvertretung eine eingehende, den berechtigten Interessen des Bürgertums gerecht werdende Ueberprüfung dieser gewaltsam durchgeführten Neuordnung. Von den bürgerlichen Parteien fordern sie ein einmütiges Zusammengehen zur möglichst weitgehenden Sicherung der wirtschaftlichen und steuerlichen Interessen des Bürgertums vor seiner einseitigen Alleinbelastung.

Gegen die Loslösungsbestrebungen.

Berlin, 3. Febr. Wie die Nationalliberale Korrespondenz meldet, ist von der Deutschen Volkspartei nachstehender Einspruch an die Regierung gerichtet worden: Nach Mitteilungen, die uns aus Westdeutschland zugehen, ist dort anscheinend schon vor Einberufung der deutschen Nationalversammlung die Ausrufung einer westdeutschen Republik geplant. Wir sind überzeugt, daß diejenigen, welche die Lostrennung der Provinzen Rheinland und Westfalen anscheinend unter Einbeziehung noch weiterer Gebietsteile von Preußen erstreben, in keiner Weise berechtigt sind, im Namen der Mehrheit der dortigen Bevölkerung zu sprechen, und wir erheben weiterhin entschiedensten Einspruch dagegen, daß die verfassunggebenden Körperschaften des Reiches und der Einzelstaaten, welche allein berechtigt sind, über die künftige Gliederung des Reiches zu entscheiden, durch Ueberrumpelungsversuche einzelner Gruppen in den preußischen Landesteilen vor eine vollendete Tatsache gestellt werden sollen. Wir richten an Sie die Bitte, auch durch die Volksbeauftragten mit aller Entschiedenheit dagegen Stellung zu nehmen, daß irgendwie der Standpunkt geändert wird, daß lediglich den verfassunggebenden Körperschaften die Entscheidung über diese Frage zusteht.

Vom Berner Kongreß.

Bern, 3. Febr. Der internationale sozialistische Kongreß wurde heute unter zahlreicher Beteiligung eröffnet. Erschienen sind 80 Delegierte aus Deutschland, Elsaß-Lothringen, Deutschösterreich, Frankreich, England, Schweden, Dänemark, Finnland, Böhmen, Rußland, Georgien, Griechenland, Ungarn, Rumänien, Livland, Estland, Polen, Bulgarien usw. Erwartet werden noch die Vertreter von 17 Staaten, darunter Spanien, Persien und Japan. Belgien und die Vereinigten Staaten verhalten sich weiterhin ablehnend. Henderson schilderte in seiner Eröffnungsansprache die Schwierigkeiten, die einer internationalen Konferenz bei Kriegsausbruch entgegenstanden, und betonte, daß die jetzige Konferenz auf die Friedensverhandlungen einwirken und den Interessen der Arbeiterschaft dienen solle. Branting wurde zum Präsidenten der Konferenz gewählt, der Holländer Wibaut und der Argentinier Justo zu Vizepräsidenten. Als Vertreter der Zentralmächte wurde der Deutschösterreicher Seitz und als Vertreter des Verbandes Henderson zum Vorsitzenden ernannt. Branting führte u. a. folgendes aus: Der Krieg, der die Welt verheert hat, war nur möglich innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Es muß jetzt die Reihe an uns sein, mit Bestimmtheit gegen den Annexionismus, von welcher Seite er auch kommen mag, aufzutreten im Namen der gesamten sozialistischen Demokratien in Europa. Schon die Londoner Konferenz der Verbandssozialisten im Februar 1915 hat betont, daß der Krieg nur gegen die deutsche Regierung, nicht gegen das deutsche Volk geführt werde. Es wäre unfair, wenn jetzt die Arbeiterklasse, wegen der von dieser begangenen Verbrechen ganz verbluten müßte, und es wäre mit der Zivilisation unvereinbar, wenn die Arbeiterklasse sogar zu schwerer Arbeit verurteilt würde. Für den Sieger ebensowohl wie für den Besiegten muß als einzige dauerhafte Grundlage gelten, das Selbstbestimmungsrecht der Nation. Wilson hat es unternommen, mit seinen 14 Punkten inmitten der Staatsmänner und Politiker der kapitalistischen Welt gewissermaßen eine Revolution herbeizuführen und hat statt des Rechts des einzelnen einfach das Recht aller proklamiert.

Der Völkerbund.

Amsterdam, 3. Febr. Das Niederländische Preßbüro Radi meldet: Die Los Angeles Times vom 28. Januar schreibt über den Völkerbund: Es ist unsere feste Ueberzeugung, daß Präsident Wilson geradewegs auf das richtige Ziel lossteuert. Der Völkerbund ist eine Lebensfrage. Die Newyork Times vom 30. Januar schreibt: Die Vereinigten Staaten haben nach dem Plane Wilsons, wonach die Kontrolle über die deutschen Kolonien durch den Völkerbund ausgeübt und das Recht zu ihrer Verwaltung vom Völkerbund erteilt wird, nichts anderes zu gewinnen, als daß die großen Ziele des Bundes gefördert werden. Wenn von ihnen verlangt werden sollte, sich an der Durchführung dieser oder anderer Pläne zur Internationalisierung zu beteiligen, so werden sie im Interesse des allgemeinen Wohls die Kosten gern und ohne Selbstsucht auf sich nehmen.

Die Pariser Verhandlungen.

Rotterdam, 4. Febr. Die Central News meldet aus Berlin vom 22. Januar, daß ein einflußreiches Mitglied der Konferenz auf die Frage, über welche Friedensbedingungen den Deutschen gestattet werden würde, mitzuberaten, antwortete, daß dies in der Hauptsache die Fragen sein würden, die auf die Art und Höhe der Schadenvergütung Bezug haben. Man kann als bestimmt annehmen, daß die Konferenz auf jährlicher Zahlung bestehen wird, die vor Auszahlung der Zinsen der deutschen Kriegsanleihen, geleistet werden müsse. Ferner werden die Deutschen in der Frage der gerichtlichen Verfolgung derjenigen Personen, die der Verantwortlichkeit für den Krieg unter Uebertretung der Gesetze der Menschlichkeit beschuldigt werden, gehört werden.

Das U-Bootende.

London, 3. Febr. Die Daily Mail meldet aus Paris: Bei der am Freitag abgehaltenen Vorkonferenz für den Völkerbund wurden, wie verlautet, mehrere wichtige Abmachungen zwischen den britischen und den amerikanischen Vertretern erzielt. Die erste enthält vermutlich die Preisgabe des Unterseebootes als Kriegsschiff. Einige der befragten Marinesachverständigen hatten angeregt, daß das Unterseeboot innerhalb der Drei-Meilen-Zone als Verteidigungsmittel zuzulassen sei; aber die Mehrzahl bekannte sich zu der Ansicht, daß es völlig abgeschafft werden müsse. Weiter verlautet, die Grundsätze des Völkerbundes würden anempfehlen, daß die wirtschaftliche Waffe in Zukunft an die Stelle aller anderen Waffen zu treten habe.

Traurige Aussichten für unsere nächste Ernte.

npt. Man schreibt uns: Zur Erzielung einer guten Ernte muß die deutsche Landwirtschaft gleichzeitig Kali, Stickstoff und Phosphate zur Anwendung bringen. Kali ist bekanntlich in reichen Mengen vorhanden, es fragt sich nur, ob auch die Transportmittel für die Abfuhr der gewonnenen Salze verfügbar sein werden. Durch die Errichtung von Reichsstickstoffwerken während des Krieges wäre für die Zukunft unter normalen Verhältnissen der Bedarf unserer Landwirtschaft an Stickstoffdünger vollkommen gedeckt. Aber infolge der unausgesetzten Arbeitseinstellungen und der mangelnden Belieferung mit Kohle ist die Erzeugung in den Stickstoffwerken derartig zurückgegangen, daß unsere Landwirtschaft im laufenden Jahr aller Wahrscheinlichkeit nach noch schlechter mit Stickstoffdünger versorgt sein wird als während der Kriegsjahre, wo der Heeresbedarf den überwiegenden Teil der Stickstofferzeugung in Anspruch nahm. Noch ungünstiger sind aber die Aussichten für die Versorgung mit Phosphaten. Vor dem Kriege waren wir inbezug auf das Rohmaterial für die Superphosphate auf das Ausland angewiesen, von dem wir für 45 Millionen Mark Phosphate jährlich einführten. Die während des Krieges von amtlicher Stelle unterstützten Bemühungen zur Auffindung von Rohphosphaten haben tatsächlich einen gewissen Erfolg gehabt. Es wurden an der Lahn und an der Dill, ferner am Harz und in Bayern Phosphatgesteine gefördert, die allerdings nur geringwertige Phosphate liefern. In Zukunft kann mit einer Erhöhung der Produktion wohl gerechnet werden, einstweilen sind aber die gewonnenen Mengen noch so gering, daß sie den Ausfall an ausländischen Phosphaten nicht im entferntesten decken können. Die Hälfte unseres Bedarfs an Phosphorsäure wurde durch das deutsche Thomasmehl gedeckt. Wir erzeugten vor dem Kriege jährlich 2,7 Millionen Tonnen. Etwas mehr als die Hälfte dieser Erzeugung entfällt aber auf Luxemburg, Lothringen, das Saargebiet und das linksrheinische Rheinland. Wie weit unsere Landwirtschaft auf diesen Teil der Produktion rechnen kann, ist noch ganz ungewiß. In den übrigen Erzeugungsstätten ist die Produktion ebenfalls durch Arbeitseinstellungen und Kohlenmangel außerordentlich zurückgegangen. Unsere Landwirtschaft hat also bis auf weiteres, und vor allem für das laufende Wirtschaftsjahr mit einem außerordentlichen Mangel an Phosphorsäuredünger zu rechnen. Unter diesen Umständen ist mit der Erzielung einer günstigen Ernte in diesem Herbst auf keinen Fall zu rechnen.

Zum neuen Gemeindewahlrecht.

Das preußische Ministerium des Innern hat zu dem Erlaß der preußischen Regierung über die Gemeindewahlen Ausführungsbestimmungen erlassen, denen wir folgendes entnehmen: Hinsichtlich der Zahl der Stadtverordneten (Bürgervorsteher) für die Städte aller Provinzen sollen die Bestimmungen der östlichen Städteordnung vom 30. Mai 1853 sinngemäß mit der Maßgabe gelten, daß Ortsstatute, durch die geringere Zahlen vorgesehen sind, als sie der Regelvorschrift der genannten Städteordnung entsprechen würden, insoweit aufgehoben werden. Die Entschädigung der Gemeindevertreter für die Wahrnehmung der Sitzungen, wenn solche überhaupt beschlossen wird, hat sich in bescheidenen Grenzen zu halten, um eine zu schwere Belastung der Gemeinden zu verhüten. Bei der ersten Wahl sollen Wahlbezirke nicht gebildet werden. Damit sind auch Eingemeindungsverträge insoweit außer Wirksamkeit gesetzt, als sie die Bildung von Wahlbezirken für die Wahlen zur Gemeindevertretung vorsehen. Nicht berührt sind Bestimmungen, die nach Art des Paragraphen 15, östl. St.-O. das passive Wahlrecht örtlich einschränken. Der Wahlvorstand bezw. die Wahlkommission hat spätestens zwei Wochen vor dem Wahltage zur Einreichung von Wahlvorschlägen durch eine Bekanntmachung in den zur amtlichen Veröffentlichung dienenden Blättern der Gemeinde aufzufordern.

Eine Nachtragsverordnung der preußischen Regierung vom 31. Januar besagt noch folgendes: Die Mitglieder der Gemeindevertretungen bleiben zwar bis zur erfolgten Neuwahl in ihren Aemtern, es steht ihnen aber nicht mehr das Recht zu, Wahlen zum Magistrat bezw. Gemeindevorstand vorzunehmen; solche Wahlen dürfen vielmehr nur durch die nach dem neuen Wahlrecht gebildeten Gemeindevertretungen vorgenommen werden.

Der Kampf um Bremen.

Das Ende der Gewaltherrschaft.

Bremen, 4. Febr. Ergänzend wird berichtet: Bereits im Laufe des gestrigen Nachmittags und Abends nahmen die Vorpostengefechte im Landgebiet und im Rahmen der Stadt an Umfang zu. Es kam zeitweilig zu lebhaften Kämpfen, nach denen, laut Mitteilung der Stadtkommandantur Bremen, sieben Tote auf seiten der Bremer und 12 Tote auf seiten der Division Gerstenberg gezählt wurden. Die Zahl der Verwundeten soll auf beiden Seiten etwa 40 Mann betragen. Seit heute früh setzte der Angriff mit allen Mitteln moderner Kriegstechnik ein. Die Aufständischen verteidigten sich hartnäckig. Starker Geschützdonner und lebhaftes Maschinengewehrfeuer rollten durch die Stadt. Die Straßen und Plätze um das Rathaus herum waren abgesperrt, wodurch der Straßenbahnverkehr teilweise unterbunden war. In der übrigen Stadt läuft der Verkehr relativ gut, bis auf die Straßen der Stadt, wo die Arbeitergruppen sich dem Vorrücken der Regierungstruppen entgegenstellten. Gegen 2½ Uhr flaute das Bombardement ab. Während dieser Zeit sah man die ersten Verwundeten in das Rathaus tragen. Eine weitere Anzahl Schwerverwundeter soll, wie berichtet wird, im Rathause liegen. Ueber die weiteren, zweifellos beträchtlichen Verluste ist im Augenblick nichts näheres zu erfahren. Gegen 3½ Uhr herrschte Ruhe. Wie wir weiter hören, haben die Aufständischen in den ersten Nachmittagsstunden den Kampf als aussichtslos eingestellt und den Rückzug in der Richtung auf Gröpelingen angetreten. Einzelne Trupps verteidigten sich noch todesmutig im Inneren der Stadt und an den Brückenübergängen. Verhandlungen wurden angestrebt. Um 4 Uhr setzte das Bombardement in alter Stärke wieder ein. Die Aufständischen halten die Uebergänge der Weser. Um 6 Uhr sind die Regierungstruppen in die Stadt eingedrungen und haben den Markt, das Rathaus und die Börse besetzt. Auch das Boesmannsche Telegraphenbureau erhielt eine Besatzung von Regierungstruppen.

Bremen, 4. Febr. Boesmanns Telegraphenagentur meldet weiter: Um 6 Uhr erschien als erste von den Regierungstruppen das Bremer Freiwilligenkorps unter lautem Jubel, von der Weserbrücke kommend, auf dem Marktplatz und nahm vom Rathaus Besitz. Die umliegenden Gebäude wurden sofort von den Patrouillen einer Untersuchung unterzogen. Dann erfolgte der Einzug der Geschütze, Maschinengewehre und Panzerwagen, die auf dem Marktplatz auffuhren. Kurz darauf ließ der Dom sein Geläute zu Ehren der Gefallenen ertönen, gleichzeitig aber auch, um der Bevölkerung anzuzeigen, daß die Gewaltherrschaft der Kommunisten in Bremen ihr Ende erreicht hat. In der Stadt wurde um diese Zeit ein Aufruf einer neuen vorläufigen Regierung von fünf Mitgliedern der Mehrheitssozialistischen Partei unterzeichnet, durch Sonderblatt verbreitet.

Rheinische Kommunisten.

Wesel, 4. Febr. Die Stadtverwaltung befindet sich vollständig in den Händen der Spartakusleute, welche das Rathaus von einer größeren bewaffneten Truppe besetzt halten lassen. Der Proteststreik der Beamten und städtischen Arbeiter gegen den Terror der Spartakiden hält an. Die Stadt ist seit gestern ohne Wasser und auch zum größten Teil ohne Licht. Da auch der Polizeidienst ruht, so durchziehen starke Militär-Streifwachen die Straßen. Zurzeit herrscht Ruhe.

Düsseldorf, 5. Febr. Zwischen dem Vollzugsausschuß des Arbeiterrates und der Vereinigung der Berufsverbände sind um 11 Uhr Verhandlungen begonnen worden.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Essen, 4. Febr. Die Streikbewegung im Ruhrrevier nimmt wieder radikalere Formen an. Seit einigen Tagen streiken die Belegschaften sämtlicher Schächte der Zeche Vollverein, wo es verschiedentlich zu Bedrohungen der Direktoren und sonstigen Zwischenfällen kam. Der Streik auf den Zechen Rheinelbe und Alma der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft ist heute beendet, nachdem mehrere Tage lang die Gasversorgung der Stadt Gelsenkirchen unterbunden war und auf der Zeche größere Ausschreitungen stattgefunden hatten. Aehnliche Vorgänge haben sich auch auf mehreren Zechen der Harpener Bergbau-Gesellschaft abgespielt, sowie auf der Zeche Mont Cenis, wo der Generaldirektor verhaftet wurde, und auf der Zeche Ickern, wo die gesamte Beamtenschaft, die tätlich angegriffen und mit Erschießen bedroht wurde, ihre Tätigkeit eingestellt hat, so daß die Zeche stilliegt. Auf der Zeche Concordia in Oberhausen kam es zu Plünderungen der Magazine, auch in der Stadt Oberhausen wurden verschiedene Geschäfte geplündert, so daß der Arbeiter- und Soldatenrat gezwungen war, den Belagerungszustand über die Stadt zu verhängen.

Zum Anschluß Deutsch-Oesterreichs.

Wien, 4. Febr. Zu Beginn der heutigen Sitzung der provisorischen Nationalversammlung hielt Präsident Dr. Dinghofer folgende Ansprache:

Uebermorgen, am 6. Februar, tritt zum ersten Male die neugewählte verfassunggebende Nationalversammlung der deutschen Republik in Weimar zusammen. (Heilrufe.) Die Voraussetzungen sind noch nicht dafür geschaffen, daß wir als vollberechtigte Mitglieder an derselben teilnehmen können. Trotzdem dürfen wir an diesem großen bedeutungsvollen Ereignis nicht achtlos vorübergehen. Der große deutsche Gedanke ist bei uns Deutschen hier in diesen Ländern nicht gestorben, und er wird niemals sterben. (Zustimmung.) Wie ein leitender Stern aus dunklem Nebel strahlt uns die frohe Hoffnung der Verwirklichung unseres Sehnsuchtstraumes entgegen, in all dem Kummer und all der Sorge, die uns jetzt umgeben, die dauernde Wiedervereinigung mit unserem alten Mutterlande. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Mit glühender Begeisterung begrüßen wir daher die deutschen Brüder im Deutschen Reich, wir jubeln ihnen zu.

Aus dieser Erwägung heraus haben die Bevollmächtigten der Parteien dem Hohen Rat folgenden Antrag unterbreitet.

Die deutsch-österreichische provisorische Nationalversammlung entbietet der neuen gesetzgebenden Nationalversammlung der deutschen Republik zu ihrem Zusammentritt in Weimar, dieser lebensdeutschen, teuren Kulturstätte, ihren Gruß und spricht ihre Ueberzeugung aus, daß es der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung im Verein mit der deutsch-österreichischen Volksvertretung gelingen wird, das Band, das die Gewalt im Jahre 1866 zerrissen hat, wiederzuknüpfen, die Einheit und Freiheit des Volkes wieder zu verwirklichen und Deutsch-Oesterreich mit dem deutschen Mutterlande für alle Zeiten zu vereinigen. (Stürmischer, anhaltender Beifall, Händeklatschen, die Versammlung erhebt sich.)

Durch den Beifall, mit dem die Herren Abgeordneten die Verlesung dieses Antrages angenommen haben, ist dargetan, daß sie die einmütige Zustimmung des Hohen Rates gefunden hat. Ich erkläre hiermit die vorgeschlagene Kundgebung als einmütig angenommen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Hungerkrawalle.

Wien, 5. Febr. Wien war gestern der Schauplatz starker Ausschreitungen. Eine Kundgebung aus Anlaß der Lebensmittelnot bildete den Anlaß zu Plünderungen zahlreicher Geschäftsläden und Restaurants. Gendarmerie und Polizei waren zu schwach, und die Volkswehrabteilungen stellten sich auf die Seite der Demonstranten. Es wurde ein Angriff auf die Gendarmerie unternommen, welche flüchten mußte. Während der Tumulte wurde ein Invalide durch einen Schuß getötet. Der durch die Plünderungen angerichtete Schaden ist sehr bedeutend.

Linz, 5. Febr. Gestern abend fanden große Hungerkrawalle statt. Die Volkswehr unterstützte die Plünderungen durch Angriffe auf die Gendarmerie.

Die Berner Tagung.

Die Schuldfrage.

Bern, 4. Febr. Auf der internationalen Sozialistenkonferenz führte Eisner aus, die Deutschen wollten und dürften sich einer Aussprache über die Schuldfrage nicht entziehen. Deutschland müsse vor der Internationale seine schwere Schuld dadurch sühnen, daß es auf dem Wege zum Sozialismus voranschreite. Das deutsche Volk sei ein Opfer der deutschen Organisationssucht und der wirtschaftlichen Gründlichkeit geworden. Das arme deutsche Volk habe nichts mit den Verbrechen seiner Herrscher zu tun. Für den Krieg seien alle Regierungen verantwortlich, besonders auch für dessen Ausbruch. „Die Fehler unserer Regierung haben wir gegeißelt und gebrandmarkt, wo wir konnten, aber nicht nur die deutschen Militaristen, sondern die Militaristen von ganz Europa, tragen die Schuld am Krieg." Deutschland war durch die russische Bedrohung aufs schlimmste gefährdet. Die russische Mobilmachung war der für den Krieg ausschlaggebende Faktor. Wir wollen volle Wahrheit, und darum wollen wir, daß alle Archive der ganzen Welt geöffnet werden, um die wirklich Schuldigen festzustellen."

Der Franzose Longuet erklärte, daß die Sozialisten aller Länder für die nationale Verteidigung eingetreten seien und die Freiheit ihrer Länder hätten wahren wollen. Was Deutschland gefehlt habe, habe es durch seine Revolution und durch seine Leiden gesühnt. Die Internationale müsse Deutschland jetzt zu Hilfe kommen. Die Verbandsgenossen müßten ihr Wort jetzt einlösen, indem sie Deutschland von der großen Gefahr des Bolschewismus retteten. Borgbjerg (Dänemark) erklärte gegenüber Thomas, der einen Strich zwischen den deutschen Mehrheits- und Minderheitssozialisten machen will, daß das Urteil in dieser Frage allein dem deutschen Volk zustände, und dieses habe durch die Wahlen, an denen nicht gerüttelt werden könne, sein Urteil abgegeben. Adler (Oesterreich) stimmt Thomas zu, wenn er die Scheidemänner kritisiere, verlangt aber auch, daß die Thomas' und Renaudels der andern Länder kritisiert würden. Oesterreich, das Deutschland unterstützt habe, sei zwar schuldig an der Entzündung des Weltkrieges. Mitschuldig seien aber auch die anderen Imperialisten, besonders Rußland, wegen ihrer Raubgier. Troelstra (Holland) sagte, man müsse sich heute über eine gemeinsame Aktion klar werden, um das sozialistische Programm gegen etwaige Beschlüsse in Paris durchzudrücken. Am Schlusse der Sitzung liefen die deutschen Mehrheitssozialisten folgende

Entschließung

überreichen:

Zur Frage der Schuld am Kriege hat die Delegation der deutschen Sozialdemokratie, Mehrheitsfraktion, folgendes zu erklären: Die Sozialdemokratische Partei ist der Auffassung, daß der Weltkrieg im allgemeinen eine Folge der imperialistischen Politik des vergangenen Jahrzehntes ist, doch erkennt sie gleichzeitig die Verpflichtung an, diejenigen Vorfälle festzustellen, die unmittelbar das vierjährige Völkermorden verursacht haben. Diese sind in erster Linie das österreichische Ultimatum an Serbien, die allgemeine russische Mobilmachung und die hierauf erfolgte Kriegserklärung Deutschlands an Rußland und Frankreich. Wir lehnen jede Verantwortung für den Ausbruch und die Führung des Weltkrieges ab. Wir haben den Krieg nicht gewollt und nicht geführt. Damit die Verantwortung festgestellt werde, fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die restlose Aufklärung dieser Vorgänge, wie sie die russische Sowjetregierung begonnen hat und wie die sozialistische Regierung der deutschen Republik sofort nach der Revolution erklärt hat, die den Krieg betreffenden Dokumente aufs genaueste zu prüfen und zu veröffentlichen. Wir erwarten aber auch von den Parteigenossen aller übrigen kriegführenden Länder, daß sie von ihren Regierungen das gleiche Vorgehen verlangen, damit die Schuldfrage in ihrer ganzen Ausdehnung geklärt wird. Die deutsche Sozialdemokratie ist während des ganzen Krieges für einen Frieden der Verständigung und der Versöhnung der Völker eingetreten und wurde deshalb von den alldeutschen Kriegshetzern und den Annexionisten aufs schärfste angegriffen. Die Delegation der deutschen Sozialdemokratischen Partei betont, daß der Einzug der deutschen Truppen in Belgien einen Völkerrechtsbruch darstellt und daß alle Versuche, den Einfall der deutschen Truppen in Belgien nachträglich durch die Haltung der belgischen Regierung zu rechtfertigen, als Hemmungen zu betrachten sind und wiederholt die von der sozialistischen Regierung Deutschlands abgegebene Erklärung, daß sie sich in bezug auf die Wiederherstellung Belgiens auf den Boden der Wilsonschen Forderungen stellt. Die deutsche Sozialdemokratie wird mit allen Mitteln jene Maßnahmen fördern, die in der zu gründenden Gesellschaft vor allem den kleinen Nationen die völlige Unabhängigkeit und Sicherheit gewährleisten sollen. Die Partei hat volles Verständnis für die durch den Einmarsch der deutschen Truppen in Belgien und in der ganzen Welt erzeugte Stimmung. Sie denkt nur mit schmerzlichem Bedauern an die schweren Leiden, die das am Krieg unschuldige Volk während mehr als vier Jahren erduldet hat. Die junge deutsche Republik hat keinerlei Grund, auch nur irgendjemand zu schonen, wenn die Schuld an der Entfesselung des Völkermordens festgestellt werden kann. Die deutsche Sozialdemokratie wird ihren ganzen Einfluß aufbieten, damit die Verantwortlichen voll zur Verantwortung gezogen werden.

Auf Vorschlag Brantings wird diese Entschließung zusammen mit der Entschließung Thomas', die Frage der Verantwortlichkeit mit der Frage der Mithilfe verbunden, einem Ausschuß übergeben, der aus zwei noch zu ernennenden englischen Mitgliedern, den deutschen Mitgliedern Wels und Eisner, den französischen Mitgliedern Renaudel und Longuet, dem Deutschösterreicher Ellenbogen und dem Tschechen Nemes bestehen soll.

Eine französisch-belgische Wirtschaftsorganisation.

„Belge Independant" vom 2. Januar 1919 schreibt: Durch Belgier und Franzosen ist in Paris das „Comite d'Enente Franco-Belge" geschaffen worden, an dessen Spitze Deschanel und Cooreman stehen. Mitglieder sind u. a. Persönlichkeiten aus der politischen, wirtschaftlichen und intellektuellen Welt. Auf Grund eines Berichts des französischen Abgeordneten Landry prüfte man die französisch-belgischen wirtschaftlichen Beziehungen und kam zur Annahme folgender Beschlüsse: 1. Um ihren gegenseitigen Tauschhandel zu entwickeln, setzen Frankreich und Belgien so viel wie möglich zum beiderseitigen Nutzen ihre Zolltarife herab. 2. In den verschiedenen Zweigen der Industrie werden langfristige Verträge abgeschlossen, die die französischen und belgischen Einrichtungen vereinigen und, wenn möglich, eine Arbeits- und Produktionsteilung gewährleisten sollen. 3. Frankreich und Belgien bemühen sich, durch eine vereinbarte Handelspolitik den Ueberseehandel der Nordhäfen zu fördern und teilen diesen Handel zwischen Antwerpen und den französischen Häfen.

Wilson in der französischen Kammer.

Paris, 4. Febr. Präsident Wilson, begleitet von Poincare, Deschanel, Clemenceau und Dubost, wurde feierlich in der Kammer empfangen. Deschanel hielt eine Lobrede auf Amerika und Wilson. Er sagte u. a.: „Dieser Krieg ist nicht wie andere gewesen, und auch der Friede muß sich von jedem anderen Frieden unterscheiden. Die Schuldigen müssen bestraft werden. Deutschland darf nicht mehr in der Lage sein, Frankreich zu bedrohen." Wilson entgegnete, daß er immer mehr die Freundschaft empfinde, die ihn mit dem französischen Volke verbinde. Die Zeit der Gefahren sei vorbei. Keine Bedrohung sei mehr möglich, ohne daß die ganze Welt sich erhebe. „Ich kann nicht zugeben," sagte Wilson, „daß die letzte Tragödie sich wiederholt. Die ganze Welt wird die Sicherheit Frankreichs verbürgen. Wir sind Ihre Freunde, Ihre Mitkämpfer und Ihre Verteidiger und werden es mit Ihnen bleiben, damit die Welt Freiheit genießen kann. Jenseits des Rheins in Deutschland, Polen, Rußland und Asien sind noch Fragen unbeantwortet, die sich vielleicht im Augenblick auch nicht beantworten lassen. Frankreich sieht sich an seinen Grenzen noch diesen drohenden und unbeantworteten Fragen gegenüber, und wenn es dabei allein stehen müßte, müßte es dauernd bewaffnet sein und seinem Volke eine dauernde schwere Last aufbürden. Auch die andern Völker der Welt müßten das gleiche tun; sie müßten in Erwartung irgendeines furchtbaren Falles der Ungerechtigkeit bewaffnet bereitstehen. Dies ist undenkbar. Die Herrscher der Welt haben bisher nur an die Beziehungen der Regierungen gedacht und dabei die Beziehungen der Völker zueinander vergessen, anstatt an das Glück der Männer und Frauen zu denken und Sorge zu tragen, daß ihre Völker im Gefühl der Sicherheit glücklich lebten. Jetzt wissen sie, daß, wenn Frankreich oder irgendein anderes freies Volk bedroht wird, die gesamte Welt bereit sein wird, diese Völker zu verteidigen.

Aus dem Kreise Malmedy

St. Vith, 8. Februar 1919.

* Die „Eifeler Sonntagszeitung", früher ständige Beilage der Malmedy-St. Vither Volkszeitung, wird binnen kurzem wieder erscheinen.

** Eisenbahn-Verkehr. Der Samstags-Personenzug Nr. 607 ab Sourbrodt 1,50 Uhr, an Aachen-Hb. 3,20 Uhr, verkehrt seit 1. Februar ds. Js. nicht mehr.

** **Die Reifeprüfung für Kriegsteilnehmer.** Das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung teilte einem Kriegsteilnehmer auf Anfrage mit, daß Verhandlungen mit den Bundesstaaten geführt werden, um den Kriegsteilnehmern, die in den Schuljahren 1914 bis 1916, also bis Ostern 1917, nach Unterprima regelrecht versetzt worden sind, das Reifezeugnis ohne Ablegung der Prüfung zuzuerkennen. Ob und wann der in Aussicht genommene Erlaß ergehen wird, kann zurzeit nicht gesagt werden. Die Teilnahme an einem Lehrgang zur Vorbereitung auf die Kriegsreifeprüfung ist daher empfehlenswert.

** **Postverkehr.** Auch nach dem Inkrafttreten der neuen Zensurbestimmungen für den Postverkehr können Postanweisungen und Zahlkarten sowie Checke und Ueberweisungen im Postscheckverkehr abgesandt werden. Schriftliche Mitteilungen für den Empfänger dürfen auf den Abschnitten nicht gemacht werden, abgesehen von Kassenzeichen, Buchungsnummern oder kurzen Angaben, die sich auf die Sendung beziehen.

** **Zeitungsbezug durch die Post.** Außer den amtlichen Verordnungsblättern und einer Anzahl politischer Zeitungen können nunmehr wieder sämtliche im unbesetzten Deutschland und in den übrigen besetzten Gebieten erscheinenden unpolitischen Zeitschriften und Zeitungen, die für Handel, Industrie, Wissenschaft, Technik und Berufe zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe und wirtschaftlichen oder beruflichen Beziehungen unentbehrlich sind, in das britische Besatzungsgebiet im Wege des Postbezugs eingeführt werden. Alle Postanstalten erteilen nähere Auskunft und nehmen Bestellungen entgegen.

** **Eine Kalenderreform,** wie man sie in Deutschland schon lange vorgeschlagen hatte, wird von französischen Gelehrten der Friedenskonferenz vorbereitet. Um den Kalender zu vereinfachen, wird die Annahme von ein oder zwei Zuschlagstagen „außerhalb des Jahres" vorgeschlagen, je nachdem es sich um ein normales Jahr oder ein Schaltjahr handelt. Auf diese Weise würden die Vierteljahre alle gleichmäßig 91 Tage erhalten und auf dieselben Tage dieselben Daten entfallen. Dieser neue Kalender würde eine große Ersparnis im Rechnen und Berechnen der einzelnen Tage mit sich bringen.

** **Gedenket der hungernden Vögel!** Das eingetretene Frostwetter stellt unsere gefiederte Welt wieder vor eine Hungerperiode. Sie wird jetzt immer zutraulicher und schart sich um die Wohnhäuser, hoffend, daß daraus etwas für ihre hungrigen Schnäbel abfällt. Möge doch jeder etwas Mitleid mit den Tierchen haben, und wenn's auch nur die frechen Spatzen sind. Es handelt sich doch um lebende Wesen, die den Hunger ebensogut spüren wie wir Menschen. In jeder Küche, bei jeder Mahlzeit gibt es Restchen, mit denen man den Vogelmagen erfreuen kann. Drum sorgt für sie und streut vor Fenster oder auf sonstige geeignete Stellen im Freien die Krumen hin. Bedenkt, daß auch manch nützliches Tierchen unter dem kleinen Bettlervolk ist, das da draußen darbt. Manch gefiederter Sänger wird uns dafür wieder nach eingetretener Frühlingswärme mit seinen lieben Weisen zu erfreuen wissen.

** Die Landwirtschaftliche Akademie Bonn-Poppelsdorf veranstaltet in den Monaten Februar und März landwirtschaftliche Kurse für Kriegsteilnehmer, in denen diesen Gelegenheit geboten werden soll, ihre Kenntnisse zu ergänzen und zu vervollständigen. Der Lehrplan ist durch das Sekretariat der Landwirtschaftlichen Akademie, Meckenheimer Allee 104, unentgeltlich zu erhalten.

** **Eine treffende Antwort.** Die Karnevalsleitung eines Dorfes im Kreise Arzey hatte den französischen Ortskommandanten um Genehmigung zur Abhaltung eines Maskenballes ersucht. Die Antwort lautete: „Da Frankreich um seine Söhne trauert, können im besetzten Gebiet solche unzeitgemäßen Veranstaltungen nicht genehmigt werden. Außerdem hat auch Deutschland erhebliche Gründe zur Trauer und zur Sparsamkeit". Die französische Antwort trifft den Nagel auf den Kopf.

* Einarmige im Eisenbahndienst. Oberbauinspektor Blum in Eberbach hat eine Konstruktion geschaffen, um auch Einarmige im Eisenbahnsignaldienste, und zwar speziell in der sogenannten Blockbedienung auf großen Stellwerken gut verwenden zu können. Diese Hilfseinrichtung dürfte den Kriegsbeschädigten wohl bald zu Nutzen kommen, da sie bei der Eisenbahnverwaltung bereits günstige Aufnahme gefunden hat und als Patent von der Firma Siemens u. Halske erworben worden ist.

* Vom 26. Januar ab können Privattelegramme nach den von amerikanischen, belgischen und französischen Truppen besetzten Gebieten ohne Einschränkung angenommen werden. Eine Vorprüfung der Telegramme durch den Bürgermeister oder dessen Beauftragte ist nur noch erforderlich, wenn sie nach dem unbesetzten Deutschland oder nach dem Ausland gerichtet sind. Die militärische Zensur bleibt bestehen.

* Alle Empfänger von laufenden Hinterbliebenenbezügen (H.-Renten) der Unterklassen bis zum Feldwebel, Wachtmeister, Oberfeuerwerker, Obermaat einschl. aufwärts, erhalten für Februar 50 Prozent ihrer Rente einschl. Rentenzuschlag als einmalige Teuerungszulage ausbezahlt. Empfänger von Hinterbliebenenbezügen der Oberklasse erhalten keine Teuerungszulage. Die Empfänger werden gebeten, gegen Vorlage einer besonderen Quittung die Bezüge im Laufe des Monats Februar bei den zuständigen Postämtern abzuheben.

Aus Rheinland und Westfalen.

† Bonn, 4. Febr. Etwas eilig schien es bei einem Kaninchendiebstahl ein Spitzbube in Dransfeld gehabt zu haben. Er ließ nämlich seinen Paß zurück, der nicht nur die volle Adresse, sondern auch das Bildnis des Kaninchenliebhabers enthielt. Ein solches Entgegenkommen der Kriminalpolizei war bisher nicht üblich.

† Düsseldorf, 3. Febr. Die Stadtverwaltung veröffentlicht die Zahlen der Kindersterblichkeit, die infolge der Milchnot einen erschreckenden Umfang angenommen hat. Die Kindersterblichkeit war im Monat Dezember um 50 Prozent höher als im Dezember 1917. Dabei muß noch mit einer erheblichen Zunahme der Kindersterblichkeit gerechnet werden, denn es ist sicher, daß sich die Schäden der ungenügenden Milchversorgung im Dezember bei den Kindern noch nicht im vollen Umfange bemerkbar gemacht haben.

† Aachen, 4. Febr. Mit 90 Prozent Wasser hatte ein in Kohlscheid wohnender Landwirt die für Kranke und Kinder bestimmte Milch gemischt. Er wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

† Vom Niederrhein, 4. Febr. Das Polizeigericht der 4. belgischen Infanteriedivision verurteilte einen Eisenbahnbeamten zu 14 Tagen Gefängnis, weil er sich wiederholt der Zensur widersetzt hatte, indem er Züge abgehen ließ, die Post enthielten und die nicht vorher untersucht worden waren. Auch hatte er in grober Weise vor Gericht geantwortet, er beuge sich vor niemanden.

† Vom Westerwald, 3. Febr. Das Wild nimmt heuer derart überhand, wie man es noch nie erlebt hat. Man stolpert sozusagen auf den Feldern über die Hasen. Die Hasen kommen sorglos in die Nähe der menschlichen Wohnungen, und selbst das sonst so scheue Rehe wagt sich nicht selten in die Nähe der Dörfer. Der Weg von dort bis in die Bratpfanne dürfte wohl nicht schwer zu finden sein.

† Wipperfürth, 5. Febr. Ein Landwirt aus Eichholz hatte an der hiesigen Wirtschaftsstelle eine Kuh abgeliefert, wofür er 800 Mark erhielt. Er trat sofort den Nachhauseweg an, ist aber daheim nicht eingetroffen. Schließlich fand man ihn als Leiche auf einem Nebenweg, der nach Eichholz führt. Er war durch einen Schuß aus einem Infanteriegewehr, das neben der Leiche lag, ermordet worden. Von den Tätern fehlt jede Spur.

† Düsseldorf, 5. Febr. Der Kriminalpolizei ist es endlich gelungen, die Falschmünzer zu verhaften, die seit langem falsche 20-Markscheine der Stadt Düsseldorf und 100-Markscheine der Provinzialverwaltung hergestellt und in Umlauf gesetzt hatten. Die Scheine wurden in der Corneliusdruckerei hergestellt, deren Inhaber festgenommen wurden. Es konnten noch für 400 000 Mark falsche 100-Mark-, und für 40 000 Mark falsche 20-Markscheine beschlagnahmt werden. Außerdem wurde eine Anzahl Personen verhaftet, die das Geld vertrieben hatten. So ein Kaufmann, bei dem für 70 000 Mark falsche Hundertmarkscheine vorgefunden wurden. Es handelt sich um jene Scheine deren Außerkraftsetzung für den 1. Febr. schon seit einiger Zeit angekündigt war.

† Elberfeld, 4. Febr. Der Sohn eines Lüdenscheider Kaufmanns wurde unter dem Vorgeben hierhergelockt, daß er Goldgeld gegen Papiergeld eintauschen könne. In einem Kaffeehaus wurde er durch irgendein Mittel betäubt, und es wurden ihm 16 000 Mark geraubt. Der Räuber entkam.

† Langenberg, 4. Febr. Die Stadtverordneten beschlossen, wegen der Ungeschicklichkeit, Unklarheit und Eile, mit der die Verordnung über die Gemeinderatswahlen erlassen worden ist, Einspruch zu erheben. Besonders soll in dem Einspruch darauf aufmerksam gemacht werden, daß alle Gemeinden mit den Beratungen des Haushaltsplanes, der bis zum 1. April fertiggestellt sein muß, beschäftigt seien. Allen Bürgermeistereien des Kreises Mettmann soll empfohlen werden, gleichfalls Einspruch zu erheben.

† Mörs, 5. Febr. Mit scharfen Maßnahmen gedenkt der Ernährungsbeirat des Kreises Mörs in Zukunft gegen die Bürgermeisterämter vorzugehen, die mit den Getreidelieferungen im Rückstand geblieben sind, indem er ihnen das Recht der Selbstversorgung entzieht. Die Strafe ist von dem Landrat bereits gegen die Bürgermeisterei Marienbaum angewandt worden, die bisher nur 71 Prozent Liefersolls an Brotgetreide aufgebracht hat. Die Gemeinde Büderich, die mit 27 Prozent im Rückstande ist, führt den Ausfall zurück auf die verheerenden Wirkungen der Mäuseplage; eine vom Ernäh-

rungsbeirat eingesetzte Kommission soll diese Angaben nachprüfen. Den Bürgermeistereien Rheurdt und Xanten soll noch einmal Gelegenheit gegeben werden, in kürzester Frist ihr Lieferso[ll] zu erfüllen.

† Haspe, 5. Febr. Beim Spielen mit einem Armeerevolver tötete ein zwölfjähriger Knabe seine Mutter durch einen Schuß in den Kopf.

† Saargemünd, 3. Febr. In der Gemeinde Binderheim brach in dem Anwesen eines Landwirtes Feuer aus, welches sämtliche Gebäulichkeiten mit Vorräten und Materialien verzehrte. Vier Soldaten, die auf dem Heuschober in der Scheune geschlafen hatten, fanden dabei den Tod in den Flammen. Zwei weitere Soldaten wurden schwer verletzt.

† Saarlouis, 8. Febr. Das „Saarl. Tagebl." veröffentlicht folgende Anordnung der französischen Besatzungsbehörde: Vom 15. Februar muß in allen Volksschulen des Kreises Saarlouis für sämtliche Schulkinder verpflichtend der französische Unterricht vom dritten Schuljahre ab eingeführt werden. Wahlfreier Unterricht für die Schulentlassenen und die erwachsene Bevölkerung wird in den Abendstunden erteilt.

† Recklinghausen, 4. Febr. Durch die Tätigkeit der Kleingartenbesitzer wurden während des Krieges im Landkreise Recklinghausen 24 000 Morgen Oedland in Kulturland umgewandelt. Die auf dieser Anbaufläche jährlich erzeugten Früchte reichen aus zur Ernährung von 5000 Personen.

† Unna, 4. Febr. Bei einer Haussuchung bei dem stellvertretenden Bürgermeister Beckmann fand man folgende Vorräte: 3 Zentner Korn, 100 Pfund Hafermehl, 16 Pfund Haferflocken, 22 Büchsen kondensierte Milch, ½ Zentner Erbsen, einen großen Vorrat an Eiern, 60 Gläser mit eingekochtem Fleisch, 8 Schinken und Blockwürste. Auf Grund einer ärztlichen Bescheinigung erhielt Beckmann täglich vier Eier und ein Liter Milch. Bezeichnend ist, daß die Dienstmädchen des Herrn Beigeordneten auf Kriegskost gesetzt waren. Eine von etwa 1000 Personen besuchte Versammlung erhob Einspruch gegen diese Vorkommnisse und zog dann vor das Rathaus und die Wohnung Beckmanns. Dieser wurde von der Menge gezwungen, mit einer großen roten Fahne in der Hand an dem Zuge teilzunehmen, nachdem er die Erklärung abgegeben hatte, von allen öffentlichen Aemtern zurücktreten zu wollen.

Letzte Nachrichten.

Das Ende des russischen Kaiserhauses.

Amsterdam, 3. Febr. Nach einer in Paris veröffentlichten bolschewitisch-kommunistischen Mitteilung wurden auf Beschluß einer besonderen Kommission die Großfürsten Paul Alexandrowitsch (Neffe des Exzaren), Nikolaus Michailowitsch (Neffe des Exzaren), Dimitriew Konstantinowitsch (Großenkel des Exzaren), Georg Michailowitsch (Bruder des Exzaren), Großfürst Alexander und die Gatten der Schwestern des Exzaren erschossen.

Düsseldorf, 5. Febr. Nach heute nachmittag auf dem Rathause gepflogenen Einigungsverhandlungen zwischen Ordnungsparteien und Spartakisten erklärte Oberbürgermeister Schmidtgen, die Vertreter der ersteren für verhaftet. Sie wurden nach dem Gefängnis gebracht. In der Altstadt sind überall Maschinengewehre aufgestellt. Post, Telegraph, Fernsprecher und Eisenbahn haben den Betrieb eingestellt. Die bürgerliche Presse erscheint nicht. Die Erregung in der Bürgerschaft ist ungeheuer.

Bekanntmachung.

Während zur Zeit u. a. wieder Schleichhandel mit Kartoffeln über alle Maßen getrieben wird, hat die Ablieferung von Kartoffeln schon seit Wochen fast vollständig aufgehört, so daß die linksrheinischen Bedarfsstellen schon in wenigen Tagen keinerlei Vorräte mehr besitzen werden, zumal die Zufuhr aus dem Osten vollständig stockt.

In Hinblick auf die den Städten demnach drohende Notlage, deren Folgen nicht abzusehen sind, hat der Herr Staatssekretär des Reichsernährungsamts angeordnet, daß vom 3. Februar ab

1. die wöchentliche Kartoffelration der Versorgungsberechtigten von 7 Pfund auf 5 Pfund,
2. die tägliche Kartoffelration der Selbstversorger von 1½ Pfund auf 1 Pfund herabgesetzt wird.

Als Ersatz für den der versorgungsberechtigten Bevölkerung hierdurch entstehenden Ausfall ist eine Erhöhung der Fleischration angeordnet worden, über deren Umfang seitens der Reichsfleischstelle noch nähere Mitteilung gemacht werden wird.

Da hierdurch erhebliche Kartoffelmengen zur Lieferung frei werden müssen, bitte ich die landwirtschaftliche Bevölkerung nochmals dringlichst alle überschüssigen Kartoffeln im Interesse der notleidenden Stadtbevölkerung möglichst bald zur Ablieferung zu bringen. Tue jeder, was er kann. Versagt dieses Mittel, so werde ich demnächst höheren Orts Anweisung erhalten, durch Enteignung die für die Belieferung der Städte notwendigen Kartoffelmengen bereitzustellen.

Malmedy, den 1. Februar 1919.

Der Landrat:
Freiherr von Korff.

Bekanntmachung.

Der britische Militärgouverneur hat kürzlich darauf hingewiesen, daß viel Arbeit erspart werden würde, wenn die Anordnung des Generals Plumer vom 11. Dezember 1918 Ziffer 16 genau beachtet würde, daß, wenn ein Paß oder sonstige Erlaubnis von der britischen Militärbehörde gewünscht wird, der Gesuchsteller sich zunächst an die zuständige deutsche Zivilbehörde zu wenden habe, welche entscheidet ob die betreffende Anfrage zurückzuweisen oder der britischen Militärbehörde vorzulegen sei.

Ich weise die Bevölkerung hiermit nochmals auf die Beachtung dieser Bestimmung hin.

Malmedy, den 27. Januar 1919.

Der Landrat:
Freiherr von Korff.

Bekanntmachung.

In Verfolg der Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten in Köln vom 23. Dezember 1918 I C b 5179 bringe ich hiermit zur allgemeinen Kenntnis, daß der britische Militärgouverneur durch Schreiben vom 11. ds. Mts. S. 254/42 folgendes mitgeteilt hat:

1. Folgende Fälle werden gebührende Beachtung finden bei Einreichung von Gesuchen auf dem zuständigen Wege;

a) Automobilverkehr.
Personal, Ingenieure, Meister usw. wichtiger Handelshäuser und industriellen Unternehmungen.

b) Fahrradverkehr.
Beamte, Kaufleute usw. und Boten, welche von jenen zu Bestellungen gebraucht werden. Die Verfügung vom 24. Dezember 1918 ist abgedruckt im amtl. Kreisblatt Nr. 150 von 1918.

Malmedy, den 29. Januar 1919.

Der Landrat:
Freiher von Korff.

Aus dem Heeresdienste entlassen und habe meine Praxis wieder in vollem Umfange aufgenommen. Meine 25jährige hiesige erfolgreiche Tätigkeit bürgt für Sach- und Lokalkenntnisse.

Pet. Jos. M. Schütz,
ältestes Rechts- u Inkassobüro in St Vith.

Dresdner Bank
Geschäftsstelle Malmedy
Malmedy.
Aktienkapital & Reserven 340 000 000 Mk.

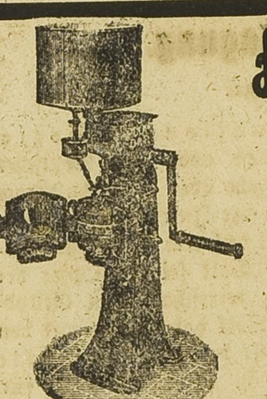
Ausführung aller bankmässigen Geschäfte
Konto-Korrent-Verkehr. Eröffnung von Scheck- und Depositen-Rechnungen. An- und Verkauf, sowie Aufbewahrung von Wertpapieren. An- und Verkauf ausländischer Wechsel An- u. Verkauf ausländischer Noten und Geldsorten Ausstellung von Reise-Kreditbriefen auf das In- und Ausland. Vorschüsse auf börsengängige Wertpapiere.
Annahme von Geldeinlagen zur Verzinsung je nach Kündigung und Vereinbarung.

Zur Hebung des bargeldlosen Verkehrs
empfehlen wir von der hierfür bei uns getroffenen Einrichtung durch Eröffnung eines provisionsfreien Scheck-Kontos Gebrauch zu machen. Auf diesen Konten vergüten wir Zinsen, sodass der Einleger, der sonst das Geld zinslos zu Hause liegen hat, sogleich in den Genuss von Zinsen tritt und auch seine Rechnungen und sonstigen Verbindlichkeiten durch Schecks, die wir in verschiedenen Arten zur Verfügung stellen, einfacher und bequemer begleichen kann, als durch Barzahlung.

Einen großen Posten **Stacheldraht**
auf Haspeln aufgerollt
Eisenpfähle sowie neue Kreuzhacken
hat abzugeben:
Josef Holländer, Aachen,
5 Minuten vom Hauptbahnhof.

Holznabenräder
1,45 Mtr. und 1,25 Mtr hoch, 2½ Zoll breit, gut erhalten, hat zu billigem Preis jederzeit abzugeben
B. Holländer, Aachen
Grüner Weg und Bahnhof Aachen-Nord.

Buchen-, Eichen-, Birken-
Brennholz, Gerbstoffholz
(über 7 Ztm. Zopf = Durchm.),
Nadelgrubenholz,
kaufen in großen Posten frei Waggon ab allen Stationen
B. Haumann & Co., Köln,
Industriehölzer, Fernsprecher A 6762 A 3904.


Haus- u. landw. Maschinen und Geräte, Eisenwaren.
Mähmaschinen, Sämaschinen, Gabelheuwender, Dreschmaschinen, Göpelwerke, Häckselmaschinen, Wannmühlen, Milchmaschinen, Nähmaschinen. Waschmaschinen, Waschkessel und Wannen. Federzahnkultivatoren, Kartoffelmaschinen, Sortierer und Quetsche, Rübenschneider, Dezimal-, Tafel- und Wirtschaftswagen, Jauchefässer u. -Pumpen, Herde und Viehkessel, Eggen und Pflüge, Butterfässer und Kübel, Mangelmaschinen, Leiterwagen und Treppen, Badewannen, Mülleimer, Zink-, Blech- und Emaillewaren, Haus- und Küchengeräte, Geldschränke und Kassetten, Oel und Ersatzteile.
Tüchtige Vertreter gesucht.
E. Pet. Scholzen, St. Vith
Mühlenbacherstraße 74

Möbl. Zimmer
möglichst mit Gas, per sofort oder 1. März
zu mieten gesucht.
Offerten unter 1910 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Photographie-Rahmen
neu eingetroffen
in der Buchhandlung d. Bl.

A. Leloup
Dentist
Malmedy
Steinbachstr., Fernspr. 56.

Haus
in Odler, (Gendarmerie-Wohnung) zu verkaufen.
Auskunft bei Louis Doutrelepont in Malmedy (Rômpa ah) und jeden Freitag vormittag in der Wirtschaft Edmund Scheack in St Vith.

Kunstpostkarten
Liebes- Kopf-, Kinder-, Spruch u Landschaftskarten, herrliche Muster in schwarz u. kol. Ausführung, 100 Stück zur Probe 4.25 Mk. Nachn.
J Laukes, Viersen 98 Rhl.
Postk. Grosshlg. Kunstanstalt.

1 Haus
mit Land zu pachten gesucht.
Wo sagt die Expedition d. Bl.

Knecht
von 16–18 Jahren für sofort gesucht von Hotel G.zv. Tessen, St Vith.

Tapeten
nur feinste Muster in allen Preislagen versendet
Bruno Hermans
Euskirchen Rhld.
Man verlange Musterbuch.

Haushälterin
nicht unter 18 Jahren gesucht.
Auskunft in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Ein gut erhaltener, mittelschw.
Ackerwagen
und ein fast neuer 3 zöll er
Holzwagen
zu verkaufen Josef Colhein. Pferdehandlung. Büllingen.

Für eine gut rentierende neu zu errichtende Betriebs-Anlage im Kreise Malmedy
Kapitalist
gesucht. Erforderlich etwa 80 000 Mark.
Gefl. schriftl. Angebote unter Nr. 1 a an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Für sofort ein tüchtiges
Dienstmädchen
gesucht.
Gasthaus Claßen, Mützenich.

Zum baldigen Eintritt wird ein braves, fleißiges
Mädchen
gegen hohen Lohn gesucht.
Auskunft i. d. Exp. d. Bl.

Soenneckens Umleg-Kalender
Bagels Termin-Kalender
„ Notitz- „
„ Wand- „
Kölner Hinkender Bote
vorrätig
in der Buchhandlung d. Bl.